



Theorie und Praxis aus marxistischer Sicht

Schwerpunkt:

# Imperialismus

Ausgabe 01/2005

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik,  
Hans Heinz Holz, Dogan Gökmen

*Hans Heinz Holz*

## Editorial

Die vorläufige Niederlage des Sozialismus in den osteuropäischen Ländern hat viele Kommunisten in Unsicherheit gestürzt und Verwirrung in die kommunistische Bewegung getragen. Sind die Lehren von Marx, Engels und Lenin nach dem Wandel der weltpolitischen Lage noch gültig? Erfordert die Herrschaft der imperialistischen Metropolen über die Welt, in der ihnen kein gleichwertiger Gegner mehr gegenüber steht, eine grundsätzliche Neueinschätzung der Zukunftsperspektiven? Ist es noch sinnvoll, von Klassenkampf zu sprechen, wenn durch die technische Entwicklung der Charakter der Arbeit wesentlich verändert wird und die Lebensweise der Lohnarbeiter ganz neue Züge annimmt? Kann man sich nach dem ersten Scheitern noch eine sozialistische Gesellschaft vorstellen? Wenn man das will, wie müsste sie aussehen? Haben die kommunistischen Parteien, die den Aufbau des Sozialismus in Angriff genommen hatten, versagt? In welcher Hinsicht und warum?

Fragen über Fragen. Und die den Sozialismus noch ernst nehmen, haben fast so viele Antworten darauf, wie es Antwortende gibt. Individuelle Eindrücke, Mutmaßungen, Einflüsse bürgerlicher Ideologie, dogmatisches Festhalten an altvertrautem Lehrbuchwissen gehen eine merkwürdige Mischung ein. Wissenschaftliche Analyse und Systematisierung waren einmal die Stärke des Sozialismus. Sein Anspruch war, politisch nicht von Fall zu Fall, sondern aus dem theoretischen

Begreifen der Tendenzen und realen Möglichkeiten zu handeln. Einheit von Theorie und Praxis lautete der Leitgedanke.

Theorie muss aus der Verallgemeinerung vieler und verschiedenartiger Praxiserfahrungen hervorgehen und sich als Handlungsorientierung wieder in der Praxis bewähren. Darum kann eine gute Theorie nie nur im Kopf von Einzelnen entworfen werden. Sie ist das Resultat aus vielen individuellen Gedanken - und denken muss jeder in der Tat für sich selbst! -, die zu einem kollektiven Erkenntnisprozess zusammengeführt werden. Dabei sind Alltagserfahrungen ebenso wichtig wie Expertenwissen.

Kollektive Erkenntnisprozesse entstehen nicht von selbst. Sie werden in Gang gesetzt am Arbeitsplatz, in Gemeinschaftsinstitutionen, in Bildungs- und Forschungsstätten, im politischen Leben, in der Publizistik, im Klassenkampf. Für Arbeit an einer praxisbezogenen sozialistischen Theorie fehlt es gegenwärtig in unserem Land an den organisatorischen Plattformen. Sie können nicht einfach aus dem Boden gestampft werden. Sie müssen aus dem Austausch und der Auseinandersetzung wachsen.

Nach der Niederlage 1990 war das Bewusstsein dafür wach. Örtliche Vereinigungen bildeten sich, wie etwa in Mannheim der Gesprächskreis Geschichte und Politik und in Frankfurt der Verein Wissenschaft und Sozialismus. In den ermüdenden Anforder-

rungen des politischen Alltags erlahmte nach einiger Zeit ihre Kraft. An sie möchten wir anknüpfen, wenn wir aufs Neue bei der Verständigung über die Fragen, deren Beantwortung für unsere Praxis unerlässlich ist, eine Zusammenarbeit anregen und einen noch so bescheidenen Rahmen dafür schaffen wollen. Der Arbeitskreis, der diese Initiative nimmt, kann und will nichts anderes sein als einer der Orte, an dem diese Zusammenarbeit erfolgt. Ein Brennpunkt für den Austausch von Informationen, Meinungen, Schlussfolgerungen. Die Aufsätze der Autoren sollen der Anstoß sein, die Reaktionen der Leser das wichtigste Ergebnis.

Im antiken Athen und Rom und in den mittelalterlichen freien Kommunen trafen sich die Bürger auf dem Marktplatz, um politische Entscheidungen zu beraten und zu treffen. In Massengesellschaften ist diese Form der Willensbildung nicht mehr möglich. Sie findet heute in den Informationsmedien statt. Dazu sollen diese in unregelmäßiger Folge erscheinenden Blätter des Arbeitskreises Sozialismus in Wissenschaft und Politik beitragen. Wir wünschen uns, dass sich aus diesem Anstoß eine lebhaftige Debatte entfaltet.

Ein neues Jahrhundert hat begonnen. Eine neue Generation will ihre Zeit verstehen, ihre Ziele bestimmen, ihrem Leben Sinn und Sicherheit geben. Die Welt muss von Menschen gestaltet werden, deren Zukunft noch vor ihnen liegt. Die die Erfahrungen des Kampfes gegen den Faschismus und des Aufbaus des Sozialismus gemacht haben, können ihnen mit ihrem Rat zur Seite stehen. Klar muss nur sein, dass es ums Morgen geht, in dem der Sozialismus nicht nur möglich sein, sondern wirklich werden soll.

Dies wollen wir mit allem Optimismus festhalten. Denn das Alte darf nicht bleiben und die Menschheit wird die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen.

Zu diesem Heft: Die Diskussion zur Einschätzung der heutigen Phase des Imperialismus hat weltweit hohe Wogen geschlagen, Grundpositionen, wie sie im Arbeitskreis bestehen und für das politische Handeln bedeutsam sind, werden hier in einer für die praktische Orientierung nötigen Verknappung vorgetragen.

*Wenn dieses Heft gefallen hat, dann teile uns doch bitte die Anschriften weiterer Interessierter mit. Wenn Du aus dem Verteiler herausgenommen werden willst, dann reicht ebenfalls eine kurze Mitteilung an die Herausgeber oder per email an [TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de). Für Anregungen und Hinweise sind wir dankbar.*

*Die nächste Ausgabe von T&P wird marxistische Positionen zur Lage der Gewerkschaftsbewegung diskutieren.*

## **Impressum**

ViSdP:

Johannes Magel

Vorläufige Redaktionsanschrift:

Dogan Göcmen

Am Diggen 36 b

21077 Hamburg

[TundP-Box@web.de](mailto:TundP-Box@web.de)

## **Kapitalismus/Imperialismus**

Die freie Konkurrenz industrieller Einzelkapitale führte mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses naturgesetzlich zum Imperialismus. Die Konkurrenz wird durch die Verwohlfeilerung Verbilligung der Produktion geführt und bedingt die Erhöhung des Warenausstoßes. Die Einführung und Anwendung neuer Maschinen resultiert in Überproduktionskrisen und bedingt den Ruin von mehr und mehr Einzelkapitalen zugunsten der bestehen bleibenden Kapitale. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt wurde und wird weiter befördert, aber niemals zum Zweck der Befriedung der Bedürfnisse aller, sondern ausschließlich zum Zweck des Profits. Kapitalistische Produktion befördert den gesellschaftlichen Charakter nur der profitabelsten Produktionsbereiche der Produktion durch Maschinerisierung und Automatisierung, während andere Bereiche der Produktion (insbesondere die Landwirtschaft) auf veralteter Grundlage geführt oder überhaupt nicht entwickelt werden.

Die Akkumulation des Kapitals ging und geht einher mit der entsprechenden Konzentration und Zentralisation der Produktion. Im Monopol entwickelt sich die fortschreitende Vergesellschaftung der Produktion zur Vertrustung ganzer Industriezweige, die von wenigen Kapitalmagnaten kontrolliert werden. Der gigantische Rahmen der Produktion heischt erfordert riesige Kapitalmassen für den Erhalt und die Erweiterung der Produktion, weshalb notwendig Industrie- und Bankkapital zum Finanzkapital verschmolzen. Dieses wiederum ordnete sich schrittweise die Politik des Staates unter, dessen Militärmaschinerie im Dienste des Monopolkapitals andere Länder zu unterwerfen und/oder dem imperialistischen Konkurrenten Einflussgebiete zu entreißen hat. Aus dem Kampf von Kapitalistenfraktionen einer Nation um die Einflussnahme

auf den Staatsapparat im nationalen Rahmen ist der Kampf mittels der Staatsapparate um Dominanz über die Ressourcen dieser Welt geworden. Die notwendigen Ergebnisse der ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus im imperialistischen Stadium waren der erste und zweite Weltkrieg, heute sind es die Aggression der BRD gegen Jugoslawien, der USA gegen den Irak und künftig geplante Kriegsbrände.

Die Unterordnung der Staatsgewalt unter die Interessen der Monopolbourgeoisie lassen die schon immer vorhandenen destruktiven Tendenzen des Kapitalismus zu den bestimmenden werden und, machen ihn endgültig parasitär und ineffektiv. Die Produktion eines Industriegutes, an dessen Herstellung Menschen in verschiedenen Ländern und selbst Kontinenten beteiligt sind, erfordert die Verwendung weltweit verteilter Ressourcen. Eine Massenproduktion, durch die Tausende von Menschen gebunden sind und, die gigantische Mengen an Energie sowie Rohstoffen vernutzt und sowie notwendig Müll hinterlässt - dies verlangt eine gesamtgesellschaftliche Planung und weltweite Kooperation. Kapitalistische Globalisierung dagegen ist eine pervertierte, verstümmelte Globalisierung. Eine tatsächliche »ökonomische Verflechtung« der gesamten Erde, die »weltweite« Planung und Abwicklung von Produktions- und Verwertungsprozessen finden nicht statt. Der statistisch ausgewiesene beträchtlich gestiegene Welthandel erweist sich als überwiegend als regional, als Austausch innerhalb von Konzernen oder als Austausch innerhalb gleichartiger Industrien. Dies bedeutet gerade das Gegenteil einer vernünftigen internationalen Arbeitsteilung und hat eine Vergeudung von Produktivkräften zur Folge, die z.B. in Transportmitteln und -arbeit verkörpert sind.

Weite Teile Afrikas, Lateinamerikas und Asiens sind, mit wachsender Tendenz, von einer nennenswerten gesellschaftlichen Entwicklung überhaupt ausgeschlossen. Diese Länder kommen für den Imperialismus lediglich als Lieferanten billiger Rohstoffe und Arbeitskräfte, als Müllkippe und als Objekte brutaler Ausbeutung und Bevormundung in Betracht. »Freier Welthandel« findet nur in den Grenzen statt, die den imperialistischen Mächten nützlich sind, festgeschrieben durch die engen Grenzen ihrer Verwertungs-maschinerie. Kapitalistische Globalisierung verhält sich gleichgültig gegenüber einer gigantischen Verelendung wie auch Vergeudung von Wissen und Können, wenn ganze Betriebe aus Shareholdervalue-Gründen geschlossen werden und ganze Landstriche der Arbeitslosigkeit anheimfallen. Sie verhält sich ebenso gleichgültig gegenüber den Folgen eines rücksichtslosen Zugriffs auf natürliche Ressourcen wie Wälder oder Trinkwasser.

Gerade das als Inbegriff der Globalisierung gepriesene Internet wird dadurch, dass kommerzielle Interessen ihm den Stempel aufdrücken, seiner Möglichkeit beraubt, wirklicher »general intellect« einer Weltgemeinschaft zu sein: weltumspannende Kommunikation in Echtzeit, kollektiver Aufbau und freier Abruf enzyklopädischen Wissens, kollektive Konstruktion und freie Verbreitung von Software. Statt dessen erleben wir mit der Vermarktung von Wissen, mit dem Zwang zur monopolistischen Eigentumsbindung der Software, das genaue Gegenteil einer wirklichen Globalisierung und Entwick-

lung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft.

Der Imperialismus ist eine Fessel für die Entwicklung eines Produktivkraftsystems, das ein rationales Mensch-Mensch-Natur-Verhältnis ermöglicht und erfordert.

Die Agenten kapitalistischer Globalisierung müssen einerseits bei Strafe ihres Untergangs den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit in der Organisation des Produktionsprozesses zwar anerkennen. Andererseits jedoch kann ihr zweckgerichtetes Handeln den Horizont privater, partikulärer Interessen nicht überschreiten. Kapitalistische Globalisierung ist deshalb die Perversion dessen, was geschichtlich notwendig wäre: Eine Gesellschaft, die den gesellschaftlichen Charakter der Arbeit in der Gestaltung der Produktionsverhältnisse wie auch den Formen der Verteilung und Aneignung der Produktionsergebnisse verwirklicht. Eine Welt, die frei ist von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Eine Welt, in der in gleichberechtigter internationaler Arbeitsteilung Menschen unter ähnlichen Arbeits- und Versorgungsbedingungen kooperieren. Kurz - eine Welt des Sozialismus.

Die Alternative zur geschichtlich notwendigen Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die arbeitenden Klassen, zur Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft im Sozialismus, führt uns der Imperialismus täglich in drastischer Weise vor Augen: der mögliche Untergang der Menschheit in der Barbarei.

## Widersprüche im Imperialismus

Es ist das Grundgesetz des Kapitalismus, dass der Profit aus den in die Produktion fließenden Kapitalien in neue Produktion zur Erzeugung weiteren Profits investiert wird, also ständig neue Märkte erschlossen werden müssen. Die kapitalistische Ökonomie strebt von Anbeginn zum Aufbau einer Weltwirtschaft in Konkurrenz der sich ausdehnenden Kapitalgesellschaften. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts konnte die Expansion weitergehend durch Kolonisation und Erschließung »jungfräulicher« Märkte erfolgen. Mit der Aufteilung der Welt in Absatzgebiete und Einflusszonen großer Industriestaaten vermehrten sich die Konflikte zwischen diesen im Verdrängungskampf um größere Anteile an den Märkten; der Kapitalismus trat in die Phase des Imperialismus, dessen unmenschliche Reproduktionsform in den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts gipfelte.

Im Ergebnis des 2. Weltkriegs ballte sich die Kapitalmacht in den von Kriegszerstörungen nicht betroffenen und durch die Kriegswirtschaft zu riesiger Produktivitätssteigerung entwickelten USA zusammen, die dadurch eine hegemoniale Rolle in der kapitalistischen Welt erringen konnten. Das bedeutete aber zugleich, dass das sich akkumulierende Kapital in den profitablen Wiederaufbau der durch den Krieg ausgebluteten Industrienationen geleitet und damit die Erstarkung konkurrierender Weltmächte vorbereitet und gefördert wurde. Solange sich das Gesamtsystem des Kapitalismus im Gegensatz zu dem im Aufbau begriffenen Sozialismus der Sowjetunion befand, wurde die Rivalität zwischen den konkurrierenden Kapitalmächten durch ihr gemeinsames Interesse ausgeglichen, den Sozialismus zu bekämpfen, seine Ausbreitung abzuwehren und ihn zu Fall zu bringen. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems in Osteuropa hat sich diese Weltlage grundsätz-

lich geändert. Der Kapitalismus, als vorläufiger Sieger aus dem Systemantagonismus hervorgegangen, bringt nun die eigenen inneren Widersprüche krisenhaft ans Licht.

Die rasante Entwicklung der modernen Technik hat zu einer Verdrängung menschlicher Arbeitskraft aus dem Produktionsprozess geführt. Zunächst entstanden im Verhältnis der Metropolen zu den weniger entwickelten Weltteilen Zonen des relativen Wohlstands gegenüber riesigen Elendsregionen. Dann aber bildeten sich auch in den Metropolen neben Inseln der Produktivität Armutsgebiete der vom Arbeitsprozess Ausgeschlossenen. Das Kapital beraubt sich selbst der Bedienung seiner Profite, nämlich der Kaufkraft der Konsumenten. Weltweite Produktionskapazitäten und kaufkräftige Nachfrage klaffen immer weiter auseinander.

Wegen der Nachfrageschwäche findet das Kapital in der realen Produktion immer weniger Verwertungsmöglichkeiten. Das überschüssige Geldkapital ist die Grundlage einer überbordenden Finanzspekulation, die die Labilität des internationalen Finanzsystems und die Gefahr globaler Finanz- und Wirtschaftskrisen weiter erhöht hat. Diese wirtschaftlichen Krisenprozesse vergrößern die sozialen Ungerechtigkeiten, führen zu steigender Massenarbeitslosigkeit und erhöhen den Druck auf die Arbeitskräfte. Lohn-dumping, Verarmung ganzer Regionen, Umverteilung zugunsten der Vermögenseinkommen und Gewinne und sinkende staatliche Investitionen verschärfen die Krisentendenz.

### Transnationale Konzerne

Die gegenüber früheren Phasen der kapitalistischen Gesellschaft stark gestiegenen Investitionsbedürfnisse der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und die rücksichtslose Durchsetzung des Stärkeren im Konkurrenzkampf haben die mit der Kapitalakkumulation verbundenen Konzentrations-

prozesse beschleunigt. Gigantische Unternehmen sind entstanden, die ihre Produktionsstätten und Vertriebsorganisationen überall in der Welt haben.

Hauptsubjekt und Triebkraft der Globalisierung und des Übergangs vom nationalen staatsmonopolistischen Kapitalismus zum transnationalen Monopolkapitalismus sind die transnationalen Finanzinstitute und Konzerne, die Kapitalinvestitionen und Produktion in einem globalen Netz integrieren, sodass die jeweiligen regionalen Profitvorteile best möglich genutzt werden können. Die gesamte Kette von Einkauf, Zuliefersystemen, F & E, Produktion, Marketing und Absatz wird über globale Telekommunikationssysteme und Datennetze gesteuert und über moderne Transportsysteme verknüpft.

### **Nationalstaaten und Metropolen**

Zwar streben die transnationalen Konzerne (TNK) zu immer weiter greifenden internationalen Verflechtungen, dank deren sie auch Regulierungsfunktionen der Nationalstaaten unterlaufen können; andererseits bleiben die Nationalstaaten unentbehrliche politische Machtfaktoren, die die Konzerne bei dem Kampf um Marktanteile, bei der Kontrolle über Einflusszonen, bei der Absicherung von Kapitalinvestitionen usw. instrumentalisieren und von denen sie kraft ihrer Finanzstärke und beschäftigungspolitischen Bedeutung Privilegien, Subventionen, Investitionen, öffentliche Aufträge usw. erpressen können. Der »Unterbau« der TNK besteht in einer breiten Schicht kleiner und mittlerer Unternehmen, die in nationalem oder regionalem Räumen tätig sind und nach wie vor einen wesentlichen Teil der traditionellen Volkswirtschaft ausmachen. Zwar sind sie in hohem Maß von den international operierenden Finanzinstituten und den mit ihnen verflochtenen Konzernen abhängig, bilden aber doch ein eigenes ökonomisch-politisches Schwergewicht, das für die Heimatstandorte der TNK Bedeutung hat.

Doch ist für die expandierenden Unternehmen der lokale oder nationale Markt allemal zu eng. Nicht nur die TNK, sondern auch die Fülle der kleinen und mittleren Unternehmen benötigen heute einen größeren Markt. So bilden sich überregionale regionale Metropolen, die sich als ganze auf dem Weltmarkt behaupten können und aus den Zentren des Finanzkapitals gesteuert werden.

In der Welt gibt es gegenwärtig drei solcher regionaler Metropolen von unterschiedlicher Struktur und Durchsetzungskraft: die USA, die EU und Japan. Im nächsten Zeitabschnitt wird die Weltpolitik durch die parallele Existenz dieser drei Metropolen und ihrer Konkurrenz einerseits und durch das Fortschreiten des Globalisierungsprozesses andererseits bestimmt sein. Die Konkurrenz der Monopole, die sich von Fall zu Fall politischer Durchsetzungsmechanismen über staatliche Institutionen bedienen, wird durch die weltweite Systemkrise des Kapitalismus verschärft. Sie äußert sich jetzt schon in einer großen Zahl von »Handelskriegen« und ist die Ursache von militärischen Konflikten und Bürgerkriegen in der ganzen Welt. Längerfristig tragen diese unaufhebbaren Gegensätze zwischen den expansiven Metropolen ein gefährliches Konfliktpotential in sich. Schon jetzt rüsten sich die Kontrahenten mit hochmodernen Waffensystemen aus, die gegen keinen anderen Gegner als eben die rivalisierenden Metropolen einzusetzen sinnvoll wäre. Der Kampf um den Frieden bleibt also auf der Tagesordnung, auch nachdem es die Konfrontation zwischen dem kapitalistischen Westen und der sozialistischen Sowjetunion nicht mehr gibt.

Mit der Herstellung eines kapitalistischen Weltmarkts treten also zwei gegensätzliche Tendenzen hervor, die beide dem Akkumulationsprozess des Kapitals entspringen: die internationale Konzentration großer Kapitalien und gleichzeitig die Ausbildung ökonomisch-politischer Machtzentren, die einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf miteinander führen.

Eine an keine Grenze gebundene imperialistische Ausdehnung, die sich mehr und mehr über nationale Hoheitsrechte hinwegsetzt, verbindet sich mit der gleichzeitigen Instrumentalisierung der Staatsfunktionen der Metropolen für die Konzerninteressen.

Beide Entwicklungen kommen aus derselben Quelle der Überakkumulation und sind die widersprüchliche Bewegungsform des Imperialismus in seiner gegenwärtigen Phase.

*Aus dem Ergebnisprotokoll eines Seminars  
im Zentrum für Philosophische Studien im Jahr 2000*

## **Der deutsche Imperialismus**

Fünfzig Jahre nach der Niederlage im faschistischen Eroberungskrieg wagen die deutschen Imperialisten zum dritten male den Griff nach der Weltmacht. Die erste Etappe auf diesem Weg ist die politische Organisation Europas unter deutscher Hegemonie. Mit Deutschland als Führungsmacht der EU tritt das deutsche Kapital als Teilhaber an der imperialistischen Unterdrückung und Ausbeutung der Welt auf und fordert die anderen imperialistischen Mächte in die Schranken. Als erstes sollen Ost- und Südeuropa in vollkommene Abhängigkeit gebracht und über die Kooperation mit der Türkei der Einbruch in den Nahen Osten vollzogen werden.

Diese politische Linie zeichnet sich seit dem letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts deutlich ab. Mit der Annexion der DDR wurden wesentliche Ergebnisse des 2. Weltkriegs bereits revidiert. Der deutsche Imperialismus spielte eine entscheidende Rolle bei der separatistischen Loslösung der baltischen Staaten von der Sowjetunion. Mit Slowenien und Kroatien wurden künstliche Satellitenstaaten geschaffen und Jugoslawien zerschlagen, als nächstes dann die deutsche Dominanz durch militärische Präsenz in Bosnien und die Provokation des Kosowo-Krieges ausgedehnt. In kürzester Zeit konnte Deutschland sich politischen und ökonomischen Einfluss in Russland, der Ukraine und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion sichern, in einigen von ihnen die DM und

später den Euro als Leitwährung durchsetzen.

Mit den darin erkennbaren strategischen Optionen verfolgt der deutsche Imperialismus heute Ziele, die bis ins deutsche Kaiserreich und in den Hitlerfaschismus zurückreichen und in Planungspapieren der Großunternehmer seit 100 Jahren immer wieder festgelegt wurden. Der deutsche Imperialismus erstrebt eine umfassende ökonomische, politische und militärische Führungsrolle in Westeuropa und darüber hinaus in weiten Teilen der Welt. Der europäische Binnenmarkt und der neue Markt in Osteuropa sollen zukünftig nach den Vorstellungen führender Repräsentanten der BRD der von ihr dominierte Wirkungsraum sein.

Nachdem mit der Gründung der Bundeswehr 1955 und dem Eintritt in die NATO die völkerrechtlich bindenden Beschlüsse des Potsdamer Abkommens bereits ausgehöhlt und gebrochen worden waren, ist jetzt offen die Option auf globalen Kriegseinsatz deutscher Soldaten durchgesetzt worden. Mit Schnellen Eingreifstruppen im Rahmen der NATO und der EU und eigenständigen Kampfverbänden wird die Anwartschaft der Bundesrepublik auf angemessene Beteiligung an der Weltpolizistenrolle des Imperialismus untermauert. Dabei geht es den Verfechtern eines hochgerüsteten, militärisch jederzeit eingreifbereiten Deutschland nicht allein um die verstärkte Kontrolle und Unterdrückung von Ländern der sogenann-

ten Dritten Welt. Die neue militärische Rolle Deutschlands soll nicht zuletzt das Gewicht des deutschen Imperialismus in der internationalen Arena auch gegenüber den anderen imperialistischen Konkurrenten entscheidend erhöhen. In der Logik dieser Zielsetzungen die Deutschland seinen Platz in der imperialistischen Neuen Weltordnung sichern sollen, liegen aggressive ökonomische, politische, kulturelle und auch militärische Aktivitäten.

Aggression nach außen macht Aggression nach innen notwendig. Die Herausforderung des realen Sozialismus hat den Imperialismus in den vierzig Jahren nach dem 2. Weltkrieg zu beträchtlichen materiellen und sozialen Zugeständnissen an die Arbeiterklasse gezwungen, um von einer Systemalternative abzulenken und dem Kapitalismus ein attraktives Gesicht wenigstens in seinen Schaufenstern zu geben. Diese Zugeständnisse haben nun ihren Zweck erfüllt und nach dem Willen der Herrschenden heute keine Existenzberechtigung mehr. Der Abbau ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Errungenschaften und Rechte hat zunächst in den neuen Bundesländern einen gesellschaftlichen Rückschritt eingeleitet, der inzwischen längst nicht mehr auf das Gebiet der ehemaligen DDR beschränkt ist. Auch in den alten Bundesländern schreitet der soziale Niedergang rapide voran. Steigende Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und

echte Armut für immer größere Teile der Bevölkerung werden wieder zu einer alltäglichen Erfahrung. Von den Gewerkschaften in vier Jahrzehnten erkämpfte Positionen werden nach und nach liquidiert. Die Auslöschung des Asylrechts und weitere tief greifende Veränderungen des Grundgesetzes sollen einen Strich unter die antifaschistischen Ergebnisse des 2. Weltkriegs ziehen, um den deutschen Imperialismus nach innen und außen erneut freie Hand zu geben.

Damit werden die Voraussetzungen für soziale und politische Auseinandersetzungen geschaffen, in denen nach den Jahrzehnten des Sozialkompromisses der Klassenkampf wieder akut wird. Seit 40 Jahren hat sich die herrschende Klasse darauf vorbereitet. Von Ludwig Erhardts Projekt der Formierten Gesellschaft über die Notstandsgesetzgebung bis zum Demokratieabbau unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung ist das Repressionsinstrumentarium erweitert worden. Die Festlegung des Grundgesetzes auf Antifaschismus und Friedensverpflichtung ist durch zahlreiche Verfassungsänderungen unterlaufen worden. So haben sich die deutschen Imperialisten einen operativen Spielraum verschafft, den sie heute mit weltweiten Interventionen und Drohgebärden nach aussen und mit der Liquidation sozialer Errungenschaften nach innen nutzen, um sich in der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu behaupten.



## **Märkte und Weltmarkt**

Die Herausbildung des Weltmarktes ist ebenso wie die Herstellung der inneren Märkte von Anfang an mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise verbunden. Der Weltmarkt ist »sowohl Voraussetzung als auch Resultat der kapitalistischen Produktion«. Wie den Staat, so hat das Kapital auch die Märkte nicht erfunden. Sie sind - wie der Staat - ein historisches Produkt vorbürgerlichen Privateigentums und bilden Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitals. (...)

Als Prozess, in dem sich eine gesamtgesellschaftliche Produktion in Form von Privatproduktion durchsetzt, ist der Kapitalismus auf den Weltmarkt ausgerichtet, weil er erst hier die menschliche Arbeit in ihrer Gesamtheit ergreifen kann. Der Wert selbst erhält erst im Weltgeld seine adäquate Verkörperung, und erst in dem Maße, worin sich die konkrete Arbeit zu einer den Weltmarkt umfassenden Totalität verschiedener Arbeitsweisen entwickelt. Denn erst in der Form des Weltgeldes erscheint das Geld als wirklich allgemeines Äquivalent, das sich ohne weiteres in jede konkrete Form, in der menschliche Arbeit vergegenständlicht ist, verwandeln kann.

Die Maßlosigkeit seiner Bewegung treibt das Kapital dazu, alle stofflichen Potenzen der Produktion als Mittel seiner Selbstverwertung zu entdecken und zu mobilisieren. Es findet aber auf seinem angestammten Territorium nur ein begrenztes Stück Natur vor. Es muss sich daher von den Zufälligkeiten der auf seinem Territorium vorfindlichen Naturbedingungen emanzipieren und die ganze Erde zu seinem Laboratorium machen. (...)

Mit der Verwandlung der Produktion in kapitalistische schafft sich das Kapital einen inneren Markt; aber dessen zahlungsfähige Nachfrage bildet eine Schranke für seine maßlose Akkumulationsbewegung, die es mit der Ex-

pansion auf auswärtige Märkte überwindet. (...)

Der Weltmarkt wird keineswegs immer einheitlicher. Der kapitalistische Weltmarkt ist die Wechselwirkung der nationalen Märkte aufeinander und die ungleichmäßige Entwicklung der nationalen Märkte ist sein Lebenselixier. Die notwendig ungleichmäßige Entwicklung macht es möglich, dass sich die Rangfolge der Länder, ihr ökonomisches Gewicht verändert. (...)

Weder das national, noch das transnational organisierte Kapital produzieren »für den Weltmarkt«. Sie produzieren für ganz bestimmte Märkte, für den europäischen, amerikanischen, asiatischen usw. Nur was auf dem Markt, für den es bestimmt war, nicht abgesetzt werden kann, wird auf den Weltmarkt geworfen. Der Weltmarkt besteht eben nur in der Wechselwirkung der Märkte untereinander. Auf den einzelnen Märkten herrschen aber unterschiedliche Marktpreise, damit sind bei gleichen Kostpreisen auf den verschiedenen Märkten unterschiedliche Profitraten zu erzielen. Dies bringt das transnationale Kapital aber nicht dazu, statt sämtliche Märkte zu bedienen, sich nur auf den profitabelsten zu wenden. Denn zum einen verändern sich die auf den Märkten realisierbaren Profitraten mit der Marktlage und den Wechselkursen ständig und zum anderen verlangt die Größenordnung der Produktion, sämtliche Märkte zu bedienen.

Die Profitrate eines transnationalen Unternehmens ergibt sich als die Summe der auf den unterschiedlichen Märkten erzielten Profite im Verhältnis zu seiner Kapitalgröße. Die Profitraten konkurrierender transnationaler Konzerne unterscheiden sich also von dieser Seite her durch das quantitative Verhältnis, in dem sie auf den verschiedenen Märkten präsent sind. Hierin äussert sich für sie das Gesetz von der Unterschiedlichkeit der nationalen Profitraten. (...)

# Aktuell

Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen und der Formierung eines Linksbündnisses mit Chancen in Fraktionsstärke in den Bundestag einzuziehen, dokumentieren wir zwei Positionen von Mitgliedern der DKP zur Herangehensweise an die Wahlen.

*Patrik Köbele*

## **Die Qual der Wahlpolitik – und was das alles mit Taktik, Strategie und Ideologie zu tun hat.**

Natürlich kann die einzelne Entscheidung über eine Kandidaturform bei einer einzelnen Wahl eine taktische Einzelentscheidung sein. Etwas anderes wird es aber, wenn sich aus der Wahlpolitik einer Partei eine Tendenz herauslesen lässt, oder, wenn solche Entscheidungen mit grundsätzlichen ideologisch-strategischen Positionen begründet werden.

Beides ist seit längerem in der DKP der Fall. Bei der Frage der Herangehensweise an die Bundestagswahl begründete Leo Mayer seine Orientierung auf die Unterstützung einer Bündelung um das Bündnis von WASG und PDS damit, dass er folgende Einschätzung der derzeitigen Situation darlegte: Das politisch-parlamentarische System sei in allen entwickelten Ländern in eine tiefe Krise gefallen und hätte seine Einbindungskraft auf große Teile der Massen verloren. Der Neoliberalismus habe seinen Zenit überschritten. Es gehe deshalb darum, dass mit der Forderung nach einer anderen Politik die Ablehnung des Neoliberalismus eine parlamentarische Stimme bekommt. Es gehe um die Bildung eines gesellschaftlichen Blocks gegen Neoliberalismus und bei den Bundestagswahlen deshalb um Schritte in Richtung eines progressiven Reformblocks.

Heinz Stehr unterstützte in seinem Referat an die PV-Tagung den Aufruf von Hansen, Koppik und Meinecke, in dem die »beiden Parteien« (PDS und WASG) aufgerufen werden »findet einen gemeinsamen Weg.« Antikommunistischen Vorbehalten und Ausgrenzungen durch führende WASG-Mitglieder stellte er die Auffassung gegenüber: »Ei-

ne zweite sozialdemokratische Partei braucht niemand.«

Ich teile beide Positionen grundsätzlich nicht und komme deshalb auch zu anderen Schlussfolgerungen in der Wahlpolitik.

Aus meiner Sicht erleben wir gerade den Prozess der Herausbildung einer neuen sozialdemokratischen Partei und diese wird aus meiner Sicht in dieser Phase des Kapitalismus, und wenn es nur zur Herrschaftserhaltung ist, auch dringend gebraucht. Die SPD hat nicht nur die letzten sozialdemokratischen/reformistischen Positionen verlassen, sie hat auch ihre Einbindungskraft verloren. Niemand konnte besser die sogenannten »Reformen« durchsetzen. Jetzt hat sie aber nicht nur ausgedient, sondern ist bezüglich ihrer Rolle den sozialen Protest systemimmanent zu kanalisieren auch ein Auslaufmodell. Die PDS alleine kann dies nicht sein, sie spielt zwar diese Rolle im Osten schon ganz gut, ist aber im Westen zu schwach. Da passt es ganz gut WASG und PDS durch die vorgezogenen Bundestagswahlen zusammenzuzwingen, mit Lafontaine und Gysi an der Spitze lässt sich was schönes bauen (rechts sogar der heutigen PDS, aber mit dem Anstrich Linkspartei).

Hat man dann solche Illusionen, wie Leo Mayer, von der Krise des politisch-parlamentarischen Systems, vom Neoliberalismus (was immer das ist), der bereits seinen Zenit überschritten hat und kommt andererseits zu strategischen Überlegungen, dass die Hauptaufgabe die Bildung eines gesellschaftlichen Reformblocks ist, dann liegt es sicherlich nahe, alles zu tun, damit PDS und WASG ei-

nen gemeinsamen Weg finden und wir die DKP gerade noch darauf dringen, dass andere linke Kräfte, wie z.B. die DKP einbezogen werden (So der Beschluss der PV-Ta-gung).

Ich sehe das anders. Bei diesen Wahlen gibt es keine Chancen das Kräfteverhältnis zu verändern. Die Arbeiterklasse, die fortschrittlichen Kräfte werden in der Defensive bleiben. Innerhalb dieser Defensive kann es gelingen, dass links-reformistische Kräfte nicht nur mit zwei Abgeordneten, sondern sogar mit einer Fraktion im Bundestag vertreten sind. Das wäre zu begrüßen, ist aber nicht unsere Hauptaufgabe.

Unsere Hauptaufgabe ist es, auch bei diesen Wahlen und in einer dialektische Einheit:

- \* Außerparlamentarische Bewegung zu stärken.

- \* Die Einsicht in die notwendige Überwindung des Kapitalismus zu verbreiten

- \* Die DKP zu stärken.

Dem dient es zumindest nicht, wenn die DKP sich als Bestandteil eines Linksbündnis

verstehen würde, dass programmatisch ausschließlich reformistisch ausgerichtet ist und in dem die Kommunisten weder programmatisch noch in sonstigen Belangen gleichberechtigt sind.

Dann schon lieber eine klare Positionierung: Wir bleiben bewusst außen vor, rufen auf dem Ding als kleinerem Übel die Stimme zu geben, vorausgesetzt natürlich die Wahlaussagen, -programme lassen das zu. Gleichzeitig kündigen wir an, dass wir diesem kleineren Übel mit dem, was wir an Kraft haben auf die Finger schauen und hauen werden. Und zwar immer dann, wenn es sich in seinem Handeln nicht nur auf das Hineintragen von Positionen der außerparlamentarischen Bewegung ins Parlament beschränkt, sondern anfängt reformistisch-parlamentaristische Zugeständnisse an den Kapitalismus zu machen.

Wenn die Alternative, Eigenkandidatur der DKP (flächendeckend mit Landeslisten) an unserer Schwäche scheitert, dann brauchen wir einen Plan, wie wir aus dieser Situation herauskommen. Es darf kein Zustand sein, dass dies noch nicht mal eine mögliche Option ist.

Achim Bigus, DKP-Mitglied aus Osnabrück, IG-Metaller und Ersatzmitglied des Betriebsrates bei Karmann, bewarb sich in Niedersachsen für einen Platz auf der Landesliste des Linksbündnisses und wurde auf Platz 6 der Liste gewählt. Wir dokumentieren seine Kandidatenvorstellung:

*Achim Bigus*

## **Kandidatenvorstellung**

In meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit erlebe ich seit den Siebzigern mit zunehmender Massenarbeitslosigkeit, verschärft seit 1990, dem Ende der Systemkonkurrenz, zunehmende Angriffe von Kapital und Kabinett auf unsere sozialen Errungenschaften, eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und jahrzehntelang nicht gekannte Existenzunsicherheit. »Hartz IV« und die Agenda 2010 sind die (bisher) letzten Glieder dieser Kette.

Dieser Sozialabbau wird begleitet vom Wiederaufleben rassistischer und antisemitischer Ideologien, von (staatlich geförderten) Aktivitäten faschistischer Gruppierungen und von verstärkter, auch militärischer, deutscher Großmachtpolitik weltweit.

Dagegen einzutreten ist seit langem der zweite Schwerpunkt meiner politischen Aktivität. Wir brauchen Kampfeinsätze der Gewerkschaften, nicht der Bundeswehr!

Von einem Linksbündnis erhoffe ich mir gemeinsamen Widerstand gegen diese Ent-

wicklungen - im Parlament, auf Straßen und Plätzen, in den Betrieben. Wir brauchen die Bündelung aller Linkskräfte, trotz unserer Unterschiede in der langfristigen Gesellschaftskonzeption. Langfristig halte ich es für notwendig, die Macht der monopolistischen Großkonzerne, Banken, Versicherungen und Handelsketten einzuschränken und zu überwinden: Sozial is' muss!

Politik gegen die Interessen der wirtschaftlich Mächtigen lässt sich nicht allein parlamentarisch durchsetzen. Die Masse der Betroffenen muss heraustreten aus ihrer Zuschauerrolle und selbst für ihre Interessen aktiv werden (so wie die Karmann-Belegschaft bei politischen Aktionen in der Arbeitszeit 1986, 1996, 2000 und 2003).

Eine linke Fraktion im Parlament muss dieses fördern und dafür Sprachrohr sein - sie darf sich nicht in die »Mitgestaltung« von Sozialabbau und Kriegspolitik »einbinden« lassen. Veränderung beginnt mit Opposition!

# Dokumentiert

## Aus dem Referentenmaterial für das Bildungswesen/ DKP/Bildungsjahr 1993/94

Entscheidend für die Leninsche Imperialismustheorie ist der Gedanke, dass der Imperialismus nicht einfach nur eine besondere Form der Politik (Weltmachtstreben, Kampf um Kolonien, massive Militarisierung, usw.) ist, sondern dass wir es mit einer neuen qualitativen Entwicklung des Kapitalismus zu tun haben.

Kernstück der marxistischen-leninistischen Imperialismustheorie ist die Analyse der Zentralisation und Konzentration des Kapitals und die Herausbildung einer neuen Stufe innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation: das Stadium des Monopolkapitalismus. (...)

Folgende Gesichtspunkte sind besonders wichtig:

- \* Herausbildung des Imperialismus als monopolistisches Stadium des Kapitalismus auf Grund der qualitativen Verstärkung von Konzentration und Zentralisation des Kapitals

- \* Entstehung des Finanzkapitals aus der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital als mächtigstem Block der monopolistischen Bourgeoisie

- \* Neue Rolle des Staates durch die Vereinigung von politischer und ökonomischer Macht der Monopolbourgeoisie zu einem (nicht widerspruchsfreien) Machtmechanismus; Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus

- \* Herausragende Bedeutung des Kapitalexports neben dem Warenexport

- \* Kampf um Weltmarktorientierung der nationalen Kapitale

- \* Entstehung internationaler monopolistischer Kapitalverbände

- \* Relativer Abschluss der territorialen Aufteilung der Welt zwischen den kapitalistischen Hauptmächten bei fortwährender Andauer der Konkurrenz und des Kampfs um Vorherrschaft, der unter Umständen auch militärisch ausgetragen wird

Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus ist objektiv der Vorabend der proletarischen Revolution, er bereitet die materiellen gesellschaftlichen Vorbedingungen für den Wechsel zu einer neuen sozialistischen Produktionsweise und für die Überwindung des Kapitalismus vor. (...)

Ende der 80er Jahre hat vor allem die unter dem Einfluss des »neuen Denkens« geführte Debatte über die Konzeption von Reformvarianten des Imperialismus eine wichtige Rolle gespielt, deren strategische Konsequenzen zu einer Anpassung an eurokommunistische und reformistische Konzepte geführt hat.

Die Arbeit des heutigen PDS-Theoretikers Prof. D. Klein, Chancen für einen friedlichen Kapitalismus (1988), sei hier stellvertretend für weiteres genannt. Auswirkung und Einflüsse dieser letztlich so selbstzerstörerisch wirkenden Unterschätzung des Imperialismus auf die kommunistische Bewegung lassen sich auch in der Ausarbeitung von H. Jung und J. Huffschild über Reformalternative (1988) und im Erstentwurf des DKP-Dokuments BRD 2000 wieder finden. Imperialismusdebatten waren also auch immer eng verknüpft mit Fragen der revolutionären Strategie.

## **Aus dem Beschluss »DKP – Partei der Arbeiterklasse«, 15. Parteitag der DKP**

(...) Um auf die drängenden Fragen unserer Zeit überzeugende Antworten geben zu können, muss die DKP die aktuelle Entwicklungsphase des Imperialismus richtig einschätzen, ihre neuen Erscheinungsformen und Widersprüche analysieren, die darin liegenden Gefahren bewusst machen.

Seit Mitte der siebziger Jahre haben wir es mit einer gravierenden Verschärfung der aggressiven imperialistischen Strategien der transnationalen Konzerne und imperialistischen Staaten zu tun. Der Zusammenbruch und die Zerschlagung des Sozialismus 1989/90 in Europa schufen dafür neue günstige Voraussetzungen. Dazu gehören:

\* Der Weltmarkt wird immer mehr zu einem den Globus umfassenden Feld kapitalistischer Konkurrenz, auf dem der Kampf um Technologievorsprung zentrale Bedeutung erlangt hat.

\* Der heutige Konzentrations- und Zentralisationsgrad des Kapitals führt zu einer ökonomischen und politischen Machtzusammenballung, ungeheuren Ausmaßes. Der Umsatz transnationaler Konzerne übersteigt heute das Bruttosozialprodukt vieler Staaten und ihre Profite sind größer als manche öffentliche Haushalte.

Die seit den 80er Jahren zu beobachtende Zunahme von Fusionen unterliegt zum Jahrtausendwechsel einer immer größeren Dynamik. Im Jahre 1999 ist der Wert der Großfusionen auf 3,5 Billionen Dollar gestiegen, hat sich im Vergleich zu 1994 versiebenfacht. Dabei kommt es zu erheblichen Verschiebungen zugunsten des Finanzkapitals. Innerhalb des Finanzkapitals kommt den Investmentabteilungen der Banken eine besondere Rolle zu. Sie sind es, in denen die Fusionen vorbereitet, beraten und finanziert werden. In keinem wirtschaftlichen Bereich gibt es eine größere Konzentration als unter den Investmentbanken. Sie sind die neuen Kommandohöhen der Weltwirtschaft.

Die transnationalen Konzerne üben Druck auf die bisher besser bezahlte und organisierte Arbeitskraft in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern aus. Sie hetzen die verschiedenen Abteilungen der Arbeiterklasse in eine zerstörerische Konkurrenz und spielen sie gegeneinander aus, um ein weltweites Lohn- und Sozialdumping durchzusetzen.

Die Orientierung ausschließlich auf die Interessen der Aktienbesitzer (shareholder value) ist nur durchzusetzen, wenn bestehende soziale Standards beseitigt werden und die Kraft der Gewerkschaften geschwächt wird. Damit wird diese Orientierung zu einem direkten Angriff auf die demokratischen Rechte.

Dies geht einher mit einer erhöhten Einbindung großer Teile der Arbeiterklasse in die Verwertungslogik des Kapitals, um Klassenkämpfe zu verhindern. Durch Vernetzung internationaler Finanzströme und Finanzspekulation werden heute täglich rund 1,5 Billionen Dollar auf den Finanzmärkten hin- und hergeschoben. Das vergrößert das Krisenpotential. Die jüngsten Krisen in Asien, Russland, Mexiko und Brasilien zeigen, wie ganze Staaten und Regionen in den Ruin getrieben werden.

Die neuen Produktivkraftentwicklungen ermöglichen nicht nur die Vernetzung des Welthandels, sondern auch die sich ständig beschleunigende Vernetzung der Produktionsprozesse und der Finanzströme über den ganzen Globus.

Ungeachtet der transnationalen Verflechtungen benutzen die großen Konzerne ihre nationalen Standorte als Ausgangsbasis für die politische Absicherung ihrer ökonomischen Expansion. Sie haben die nationalen Regierungen in immer größere Abhängigkeit von sich gebracht und bestimmen nicht nur deren Innen- und Sozialpolitik, sondern auch deren Außenpolitik. So haben sich drei imperialistische Metropolen herausgebildet -

die USA, Japan und die EU mit Deutschland als Hegemonialmacht -, die in scharfer politischer Konkurrenz um die Beherrschung des Weltmarktes stehen.

Nicht nur ist die Macht der transnationalen Konzerne unermesslich gewachsen, auch die Tendenz zur Aggression nach außen und Reaktion nach innen hat sich verstärkt. Die NATO-Aggression gegen Jugoslawien, die Veränderung der Militärstrategie von NATO und Bundeswehr, die Strukturveränderungen im Militär und eine weitere Aufrüstungsrunde mit neuen Waffensystemen sind Belege für diese Aggressivität. Im Kampf um die Märkte und Profite wird dies zu neuen militärischen Konflikten führen, die zunächst als regionale bewaffnete Interventionen oder als von außen gesteuerte Bürgerkriege geführt werden, aber auf längere Sicht auch das Risiko eines Kriegs zwischen den großen Mächten in sich bergen. Mit der Steigerung des militärischen Vernichtungspotentials wächst auch die Gefahr für die Existenz der Menschheit.

Die Entwicklung des Imperialismus bestätigt die Schlussfolgerungen der Leninschen Imperialismustheorie: Der Kapitalismus schreitet zur monopolistischen Konzentration und Zentralisation marktbeherrschender Unternehmen fort. Der Systemzwang der Steigerung der Profite und zu immer weitergehender Ausdehnung der Kapitalinvestitionen bedeutet Reaktion nach innen, das heißt Abbau der sozialen Errungenschaften und Einschränkung der Demokratie, und Aggression nach außen, das heißt Ausweitung der ökonomischen Herrschaft über andere Länder und gegebenenfalls Einsatz militärischer Mittel zur Ausübung ökonomischer und politischer Macht. Der Staat gerät mehr und mehr in Abhängigkeit von der Strategie der Monopole und wird in den Dienst ihrer Interessen gestellt. Die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates ist das Merkmal jener Phase des Imperialismus, die seit Lenin als staatsmono-

polistischer Kapitalismus bezeichnet wird.

(...)

Bisher haben die USA als Heimatbasis des stärksten internationalen Finanzkapitals eine uneingeschränkte Vormachtstellung behaupten können. Inzwischen entwickelt sich die EU zu einem ebenbürtigen Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Unter den 20 Weltkonzernen mit dem größten Auslandsvermögen befanden sich bereits 1997 neben sieben amerikanischen acht Konzerne aus den EU-Ländern (darunter fünf deutsche). Während gegenüber den unterentwickelten Ländern das politische Interesse der Kapitalmetropolen an der Aufrechterhaltung ihrer Vorherrschaft das gleiche ist, ergeben sich nun hinsichtlich der wirtschaftlichen Ausbeutung schwerwiegende Rivalitäten, deren Austragung eine weitere Destabilisierung der armen Länder und eine Vergrößerung der Not bewirkt und in ihnen politische Konflikte bis hin zu Kriegen und Bürgerkriegen auslöst.

Im Rahmen der EU, zum Teil in Kooperation mit anderen europäischen Konzernen, zum Teil im Gegensatz zu ihnen, verfolgt das deutsche Großkapital zum drittenmal seit 1914 die Strategie, gleichzeitig die Hegemonie im hochentwickelten westlichen Europa zu gewinnen und, gestützt auf diese Machterweiterung, eine aggressive ökonomische, politische und auch militärisch untermauerte Expansion in Ost- und Südosteuropa zu betreiben. In der BRD findet die in Europa größte Konzentration und Zentralisation von Kapital statt. So wird Deutschland wieder zur gefährlichsten imperialistischen Macht des Kontinents.

